

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtsige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 226.

Mittwoch, den 26. September 1917.

24. Jahrg.

Neue Aufgaben.

Am heutigen Mittwoch tritt der Reichstag wieder zusammen. Der Sessionsabschnitt, mit kürzeren und längeren Unterbrechungen bis in das Frühjahr oder den Sommer des Jahres 1918 hineinreichend, bildet ein zusammenhängendes Ganze, in dem manche fruchtbare Arbeit gefördert werden kann. Die neue Reichstagsmehrheit wird in dieser Zeit Gelegenheit haben, ihr Probestück zu liefern. Ueber ihre Zukunft soll nichts prophezeit werden, fürs erste aber ist sie durch die wütenden Angriffe, die gegen sie gerichtet werden, nur noch fester zusammengeschweißt worden, und so sollte wenigstens der Versuch gemacht werden, sie zu einer festen Arbeitsmehrheit zu konsolidieren, die der Tätigkeit des Parlaments Ziele und Wege bestimmt.

Die wichtigsten Aufgaben liegen heute naturgemäß auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Hier hat die Mehrheit einen Weg betreten, auf dem es kein Zurück mehr gibt. Es ist eine phantastische und gefährliche Lage der Gegner, daß die Reichstagsmehrheit den Erfolg der deutschen Waffen nicht wollte. Ueber die Möglichkeit seiner politischen Auswirkung hat sie sich aber eine feste Meinung gebildet, die auf die Erfahrungen von drei Kriegsjahren gegründet ist, und durch spätere Ereignisse nicht mehr umgestoßen werden kann. Sie hat sich als Kriegsziel die Erhaltung des Deutschen Reiches gesetzt, wie es vor dem Kriege gewesen ist, und sie hat ganz richtig in der Betonung der dauernden deutschen Friedensbereitschaft die wichtigste politische Waffe der Verteidigung erkannt. Während die deutschen Waffen den Gegnern Widerstand leisten und ihren Erfolg weiter ausbauen, muß die deutsche Friedensarbeit die moralische Kraft eines auf Eroberungen gerichteten feindlichen Angriffswillens dauernd erschüttern, bis sie vollständig zerbricht, und die Gegner zu einem Verständigungsfrieden geneigt sind. Diese Arbeit kann, bis sie von Erfolg gekrönt ist, länger dauern, als mancher Optimist angenommen hat. Aber man muß sich darüber klar sein, daß es einen anderen Weg, zum Frieden zu gelangen, überhaupt nicht gibt. Was durch militärische Mittel geschehen kann, um die Gegner von der Unüberwindlichkeit Deutschlands zu überzeugen, geschieht ohnehin. Ebenso unbeeinträchtigt und unabhängig von Schwankungen des Tages wie die Kriegführung muß auch die Kriegspolitik des Deutschen Reiches geführt werden. Ihr Ziel ist der Friede der Selbsterhaltung, der Verständigungsfriede, der, mit sichern internationalen Garantien umgeben, die Welt vor der Wiederholung einer solchen Katastrophe schützt.

Auf dem Gebiet der inneren Politik steht die Verfassungsfrage nach wie vor im Vordergrund des Interesses. Was der Verfassungsausschuß bisher geleistet hat, ist Glanz und Stücken. Sei es durch verfassungsrechtliche Änderungen, sei es durch einen deutlichen Ausdruck der bestehenden Machtverhältnisse selbst, auf jeden Fall muß die Tatsache zur Erscheinung gebracht werden, daß eine Reichspolitik ohne Zustimmung des Reichstages unmöglich ist, und daß kein Reichskanzler möglich ist, der nicht das ausgesprochene Vertrauen der Volksvertretung besitzt. Diese Tatsache ist in den Verfassungen anderer Länder paragrafenmäßig gar nicht festgelegt, denn dort versteht sie sich eben von selbst. Ob das Deutsche Reich auf eine Verfassungsbestimmung verzichten kann, die das wirkliche Verantwortungs- und Vertrauensverhältnis des Kanzlers zum Reichstag ausdrücklich festlegt, muß der Gegenstand eindringlicher Erwägungen sein. Ein Kampf um diese Frage dürfte sich indes kaum vermeiden lassen, wenn sich nicht der Reichskanzler noch nachträglich zu der Erklärung bequemt, die man bei seinem Antritt vermischt hat, zur Erklärung nämlich, daß er sein Amt keinen Augenblick länger bekleiden werde als so lange, wie er das Vertrauen des Deutschen Reichstages besitzt.

Die Zerlegung der größten Reichstagswahlkreise, die in einem Regierungsentwurf vorgeschlagen werden wird, legt die Frage nahe, ob nicht bei dieser Gelegenheit gründlicher als dies durch die Vorlage geschieht, für die Reinheit der künftigen Volkswahlen gesorgt werden könnte. Die Frage des Verhältniswahlsystems tritt damit in ein aktuelles Stadium.

Auf sozialpolitischem Gebiet sollte sich die Reichstagsmehrheit die Schaffung eines wirklich freien Koalitionsrechts zum Ziele nehmen, das unbedingt noch während dieses Sessionsabschnittes erreicht werden muß. Dazu muß vor allem der Paragraph 153 der Gewerbeordnung, müssen die entehrenden Ausnahmsbestimmungen für die Landarbeiter fallen, deren Unhaltbarkeit man jetzt schon sogar in der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft einzusehen beginnt. Ob es möglich sein würde, dem gesamten Arbeiterrecht jetzt schon die notwendige einheitliche Gestalt zu geben, mag dahingestellt bleiben, obwohl dies ein Ziel ist, aufs innigste zu wünschen. Unbedingt aber muß in der Arbeitslosenversicherung ein entscheidender Schritt vorwärts getan werden, um das Wirtschaftsleben vor den Erschütterungen der Uebergangszeit zu sichern.

Von anderen dringend wichtigen Aufgaben des Reichstages ist nur noch die unaufschiebbare Reform und Verbesse-

rung der Kriegsbeschädigtenfürsorge hervorgehoben. Ueber ihre Bedeutung noch viele Worte zu machen, wäre geradezu eine Schande, und eigentlich hätte diese Aufgabe von allen Aufgaben des Reichstages als die allererste genannt werden müssen. Wir brauchen uns nur die erschütternde Tatsache vor Augen zu halten, daß vielen zu Krüppeln geschlagenen Verteidigern des Vaterlandes jetzt noch das Notwendige zum Lebensunterhalte fehlt, um uns jede weitere Begründung ersparen zu können. Hier darf der Reichstag nicht versagen!

Wir alle hoffen, daß ehe der Reichstag in seine nächsten Sommerferien geht, der Friede wieder da sein wird. Für

diesen Fall aber steigern sich die Aufgaben, die der Reichstag in diesem Sessionsabschnitt zu leisten haben wird, ins Ungemessene. Ganz unvorhergesehene Anforderungen und Probleme werden an ihn herantreten. Ohne eine feste Arbeitsmehrheit würde er diesen Anforderungen unmöglich entsprechen können. Und so spricht alles dafür, daß die Mehrheit erhalten bleiben muß.

Die Sozialdemokratie muß und wird den Weg weitergehen, den sie als den richtigen erkannt hat, wenn es geht, in möglichst großer Gesellschaft, wenn dies aber nicht möglich ist, dann eben allein.

Vom alldeutschen Kriegsschauplatz.

Alldeutsche „Patrioten“.

Am Montag gab in Berlin die neugeborene „Vaterlandspartei“ ihre erste Vorstellung. Hauptredner war der verfloßene Staatssekretär, Großadmiral v. Tirpitz. Was er sagte, bewegte sich in demselben Gedankenkreise, der aus den mehr oder weniger lobenden Ergüssen in der alldeutschen Presse bis zum Ueberdruß bekannt ist. Viel interessanter als die öffentliche Versammlung in der „Philharmonie“ war eine vorausgegangene vertrauliche Besprechung im Abgeordnetenhaus, an der etwa 300 Personen teilnahmen. Darüber wird berichtet:

Dem Ehrenvorsitzenden, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, wurde durch Erheben von den Sitzen der Dank für seine waterlandsrettende Tat ausgedrückt. Graf Hoensbroech machte die Mitteilung, daß sich auch der frühere Landwirtschaftsminister, Frhr. v. Schallerer, in den Dienst der Sache gestellt habe. Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Frhr. v. Wangenheim, zerbrach die Parteien, die sich der Vaterlandspartei anschließen, auf den Streit um ihre besonderen Ziele ruhen zu lassen. Interessant war, daß ein Herr aus Bayern so tat, als ob er auch im Namen des bayerischen Zentrums zu sprechen berechtigt sei. Ein kleiner Sturm erhob sich sodann, als Rörting vorschlug, man solle in der Abendversammlung eine Entschließung einbringen des Inhalts, daß der Erfolg der Kriegsanleihe in Frage gestellt sei, falls sich die Regierung nicht auf den Boden der Deutschen Vaterlandspartei stelle. Da wurde vom Vorstandstisch heftig abgezwinkelt, und aus der Versammlung fiel der Ruf: „Zweischneidiges Schwert!“ Damit war die patriotische Unregung, der man ja in der alldeutschen Presse schon öfter begegnet ist, für diesmal begraben. Im übrigen war man darüber einig, daß in der öffentlichen Versammlung auf keinen Fall eine freie Diskussion gestattet werden dürfe.

Die freie Diskussion könnte den tapferen Machern der Vaterlandspartei vielleicht schlecht bekommen. Das Charakteristische ist jedenfalls der Antrag Rörting, die Kriegsanleihe zu konfiszieren. Der Urheber ist wohl derselbe Rörting, der schon im Kampf gegen Bethmann-Hollweg sich hervorgetan hat. So sind die Herren. Sie spielen sich als die Erbpächter des Patriotismus auf, nehmen aber keinen Anstand, in der schwierigsten und gefährlichsten Situation des Landes der Regierung Knüppel zwischen die Beine zu werfen und sogar die finanzielle Grundlage für die Fortsetzung des Krieges, auf dessen Weiterführung ins Unabsehbare gerade sie bestehen, zu gefährden. Daran erkennt man, welcher Art der „Patriotismus“ ist, der in diesen Kreisen grassiert.

Den Zuhörerkreis in der öffentlichen Versammlung charakterisiert ein liberales Berliner Blatt wie folgt: „Viele Neugierige, zum Teil ehrlich begeistert, viele stumm ablehnend oder stillschweigend neutral, und dann eine enge Lärmende Gefolgschaft. Auch wenn sie nicht immer „Heil! Heil!“ gerufen hätten, würde man sie wiedererkennen. Es waren dieselben Männer, die einst Büskler und Alwardt umjubelten. Sie demonstrierten für die Buzen und sie waren dabei, wenn im Zirkus Busch die Landwundredner ihren Unmut an der Regierung kühlten. Viele von ihnen sind jetzt ergraut, aber der größere Teil machte doch einen ganz wehrpflichtigen Eindruck. Galt ihnen der Tirpitzsche Redner? Dann werden sie sicher noch heute nach dem Schützengraben abgehen.“

Die Agitation der Vaterlandspartei.

Aus Lügen in Ostpreußen wird dem „Berl. Tageblatt“ geschrieben:

„Im ganzen Osten sind die Herren der Deutschen Vaterlandspartei besonders reger. In Marggrahowa fand vor acht Tagen ein Gottesdienst statt, zu dem sogar der Landrat und der Bürgermeister erschienen waren. Nach der Andacht fand eine Predigt statt, in der der Pastor zum Eintritt in die Vaterlandspartei aufforderte. Am Ausgang der Kirche stand ein Tisch mit vorbereiteten Plakaten, neben dem sich die beiden oben-erwähnten Beamten befanden, um die Befugter der Andacht

zum Beitritt in die Vaterlandspartei durch Unterschrift zu veranlassen. Außerdem werden die Hotelwirte herangezogen, ihre Gäste zum Eintritt aufzufordern.

In Lych gehen andere Leute von Haus zu Haus und versuchen die Haus- und Geschäftsinhaber zum Beitritt zu bewegen.“

Dieser Agitation der kriegsverlängernd wirkenden sogenannten Vaterlandspartei muß jetzt eine starke Gegenagitation entgegengesetzt werden. Jeder, der einen Verständigungsfrieden und damit eine baldige Beendigung des entsetzlichen Menschenschlachten will, muß jetzt mit Nachdruck für die sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratische Presse agitieren.

Eine fürchterliche alldeutsche Blamage.

In demselben städtischen Saalbau in Essen, in dem vor einigen Wochen 8000 Bergleute des Kreises für den Verständigungsfrieden demonstrierten, versammelten sich am Sonntag der zwanzigste Teil dieser Zahl, um für die alldeutsche Politik eine Kundgebung zu veranstalten. Der Veranstalter war der sogenannte Unabhängige Ausschuß, dem in den Einladungen der Flottenverein, Wehrverein, Ostmarkenverein usw. assistierten. Eintrittskarten wurden schon fünf Tage vorher ausgegeben und doch waren die 7-800 Sitzplätze des Saalparterres kaum halb besetzt! Das ist der „brauende Widerhall“ der alldeutschen Ideen im Volk, das ist die „Empörung“ gegen die Reichstagsmehrheit, die nach der alldeutschen Presse die weitesten Kreise des deutschen Volkes erfasst haben soll!

Landtagsabgeordneter Bacmeister-Eberfeld sprach. Er behandelte die bekannnten alldeutschen Kriegsziele. Mit starken Worten sparte der Redner nicht. Herr v. Kühlmann sei ja ein „berühmter“ Mann, den andern Auspruch für ihn dürfe er ja nicht gebrauchen. Bethmann-Hollweg erschien ihm selbstredend als das Unglück Deutschlands, und Erzberger bezeichnete er direkt als Landesverräter, worauf aus der Versammlung der gemütsvolle Zuruf ertönte: Herunter mit den Halunken!

Verschiedene Ausführungen Bacmeisters, u. a. solche über unsere österreichischen Bundesgenossen, entzweien sich der öffentlichen Wiedergabe. Charakteristisch war auch, daß Bacmeister schroff die Entrümpfung absahnte, mit der Englands Völkervertrugsbrüche in der deutschen Presse behandelt würden. Wo es sich um Bestand und Macht eines Landes ginge, gebe es kein Völkerverrecht.

Was der Versammlung an Bedeutung abging, suchte sie durch eine ellenlange Entschließung und durch Telegramme an den Kaiser, an Hindenburg, den Reichskanzler, Admiral v. Scheer und v. Tirpitz zu ersetzen. — Eines hat diese Versammlung im Herzen des Industriegebietes, angekündigt in Zeitungen mit weit über 100 000 Lesern, aufs neue bewiesen: Im Volke haben die alldeutschen Ideen nur einen jämmerlich schwachen Widerhall.

Auf was wir verzichten.

Graf Reventlow, Fürst Salm-Horstmar und ähnliche Männer des Volkes schwören in Uebereinstimmung mit den führenden Männern der schmerindustriellen Alldeutschen darauf, daß Deutschland zu Grunde gehen müsse, wenn der „Scheidemannsfrieden“ zustandekomme, dieser „Schmachfrieden“, der ein „Verzichtsfrieden“ sei.

Es erscheint uns zeitgemäß, einmal daran zu erinnern, daß Genosse Scheidemann den alldeutschen Unsin von dem Verzichtsfrieden schon einmal im Reichstag — am 15. Mai 1917 — treffend gekennzeichnet hat:

„Ueber den Frieden der Verständigung, für den wir allezeit eingetreten sind, höhnen die Alldeutschen als über einen „Verzichtsfrieden“, wie der Herr Abgeordnete Koeslitz darüber gespottet hat.“

Was soll das heißen, und auf was verzichten wir überhaupt?

Wir verzichten auf die Fortsetzung des Krieges. Wir verzichten auf hunderttausend Tote, und hunderttausend Wunden.

